

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Abzugssatz: Durch unsere Postzeitung...
Preis: 10.00 Mark...
Telegramme: Tagedblatt Auergebirge.

Abzugssatz: Die Abzugssatz...
Preis: 10.00 Mark...
Telegramme: Tagedblatt Auergebirge.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1498

Nr. 208

Mittwoch, den 6. September 1922

17. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

Die preußische Staatsregierung hat den Oberbefehlern den Dank für die bei der Abstimmung bewiesene Treue ausgesprochen.

Wenn nicht unvorhergesehene Ereignisse eintreten, scheint Lloyd George entschlossen zu sein, nach Genf zu gehen, um dort eine große Rede über das Abrüstungsproblem zu halten.

Zum Präsidenten des Völkerbundes wurde der Brasilianer Edwards gewählt.

Der Dollar notierte heute vormittag in Berlin mit 1375.

Der Stinnes-Vertrag.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

In seiner geistvollen Schrift über den Kaiser hat Walther Rathenau die Schuld am Zusammenbruch im wesentlichen dem Großbürgertum zugewiesen, das sich lediglich ums Geschäft kümmerte, aber in der Politik die Barokaten wirtschaften ließ. Diejenigen Industriellen und Großkaufleute aber, die sich politisch betätigten, taten es in völlig falschem Sinne. Sie gerate waren es, die nicht wagten, dem Kaiser die Wahrheit zu sagen, auch wenn sie nach ihren wirtschaftlichen Erkenntnissen sich über die Unmöglichkeit einer Dauer der wilhelminischen Politik hätten klar sein müssen. Es ist bei alledem nicht sicher, ob hier wirklich ein subjektives Verschulden vorliegt. Es handelt sich vielleicht weniger um Mängel des Charakters, als um ein Unvermögen, politische Dinge richtig beurteilen zu können. Der jetzt abgeschlossene Vertrag zwischen Hugo Stinnes und den französischen Wiederaufbau-Gesellschaften läßt gleichfalls die Frage entstehen, ob Stinnes jetzt bewußt und überlegt eine grundsätzliche Schwertung seiner Politik vorgenommen hat, oder ob der Kampf gegen die Erfüllungspolitik nicht im wesentlichen der stimmungsmäßige Ausfluß einer reinen Geschäftspolitik gewesen ist. Wie dem aber auch sei: unbefreitbar ist, daß Stinnes in einem Moment, wo die Erfüllungspolitik praktisch zu scheitern drohte, sich ansetzt, sie auf feste Füße zu stellen. Und zwar handelt es sich dabei um den wichtigeren Teil der Erfüllungspolitik, nämlich um die Sachlieferungen für den praktischen Wiederaufbau Nordfrankreichs. Für Frankreich oder besser gesagt für Poincaré mögen die Barzahlungen das Primäre sein, in Wahrheit ist der tatsächliche Wiederaufbau unendlich viel wichtiger. Allerdings trat das Unvermögen, die Barzahlungen zu erfüllen, früher zutage. Aber wenn die Zerrüttung der deutschen Wirtschaft durch die Währungsatastrophe so weiter fortschritt, waren auch die Sachlieferungen gefährdet. Der Kampf gegen die Erfüllungspolitik machte darum auch keinen Unterschied zwischen Barzahlungen und Sachleistungen. Im Gegenteil: man hat Walther Rathenau gerade wegen des Abkommens von Wiesbaden, das dann durch das Bismarck-Abkommen seine Ergänzung fand, die bittersten Vorwürfe gemacht. Und gerade Stinnes und der schwerindustrielle Teil der Deutschen Volkspartei führten diesen Kampf mit den unschönsten Mitteln. Aber noch in den letzten Tagen hat Stinnes in seiner Deutschen Allgemeinen Zeitung und nach deren Verbot in der annerkerten Täglichen Rundschau den Erfüllungszwänger in der schroffsten Weise bekämpfen lassen. Und nun wird der große Wiederaufbau-Vertrag bekannt, den Stinnes mit dem Marquis de Lubersac abgeschlossen hat. Er ist die erste praktische Verwirklichung der Ideen Rathenaus.

Gegen den Vertrag an sich ist kaum viel zu sagen. Der Vorwärt hat gewiß recht, wenn er ihn rein kapitalistisch wertet, aber er hat unrecht, wenn er ihn als die Einigung bestimmter deutscher und französischer Industrie- und Finanzkreise bezeichnet. Auf der französischen Seite ist der Vertrag von dem Generalverband der Wiederaufbau-Korporationen der zerstörten Gebiete abgeschlossen worden. Die französische Industrie durfte im Gegenteil noch manchen Pressesturm gegen diese Abmachungen entsehlen, sofern nicht der ganze Vertrag nur ein Vorläufer einer großen deutsch-französischen Industrieverständigung ist. Die Bestimmung, daß die Preise der Lieferungen nicht über den französischen Marktpreis liegen dürfen, wird natürlich praktisch darauf hinauslaufen, daß die deutschen Sachleistungen zu den französischen Preisen durchweg bezahlt werden, was ja auch dadurch erleichtert ist, daß die Verträge auf französische Franken lauten. Stinnes ist bei dem ganzen Geschäft sozusagen nur der Makler oder Agent. Seine Essener Aktiengesellschaft für Hoch- und Tiefbauten wird als Vermittlungsfirma eingesetzt. Sie kann andere gleichwertige Firmen für die Vermittlung heranziehen. Für die reine Vermittlungsleistung erhält Stinnes 8 v. H. für alle getätigten Lieferungen. Über die Provision wird Deutschland auf Reparationskonto gutgeschrieben. Das ist nur ein schwacher Trost, da sie ja letzten Endes von uns mit bezahlt wird. Der Geschäftsverkehr zeigt eine vernünftige kaufmännische Organisation.

Die französischen Abnehmergesellschaften können Lieferungen nicht zurückweisen, die von der Prüfungskommission in Deutschland angenommen worden sind. In dieser Prüfungskommission sitzen allerdings auch Franzosen. Zwar müssen auch diese Lieferungen den üblichen französischen Zoll entrichten, aber der Vertrag setzt die Zinsmaßstäbe fest und bestimmt, daß Zolldifferenzen durch die Erhöhung der Zölle während der Vertragsdauer zu Lasten der französischen Besteller gehen.

Überaus wichtig ist die Bestimmung über die Rückvergütung der Kohle, die für die Herstellung der Sachlieferungen benötigt wird. Auch hier schaut ein Extrageschäft für Stinnes heraus und hoffentlich erhält das Reich den Preis für die Rückvergütung dennoch gutgeschrieben. Man kann gewiß beklagen, daß die Bewohner der französischen zerstörten Gebiete nicht den direkten Weg zum deutschen Besteller gefunden haben. Aber wichtig ist vor allem, daß praktisch wiederaufgebaut wird. Es hat sich gezeigt, daß auch die sozialistischen Verbände praktische Wiederaufbauarbeit in nennenswertem Umfange nicht leisten können. Wenn der Stinnes-Vertrag den Wiederaufbau namhaft fördert, hat er einen hohen, politischen Zweck erfüllt.

Ändert Amerika seine Haltung?

Die Möglichkeit eines finanziellen Eingreifens.

Der Vertreter der United Press in Washington meldet: Die Vereinigten Staaten haben den ersten Schritt unternommen, um in die wirtschaftlichen Angelegenheiten Europas einzugreifen. Dieser Schritt soll darin bestehen, daß die amerikanische Regierung bereits offizielle Verhandlungen mit großen europäischen Banken angeknüpft haben soll, um gemeinsame Schritte zur Stabilisierung der Wechselkurse zu unternehmen. Es sei möglich, daß aus diesen Besprechungen die Einberufung einer großen internationalen Konferenz hervorgehe. Die Verhandlungen wurden auf Veranlassung des Präsidenten Harding vor einiger Zeit begonnen, und zwar besonders mit den Banken der Länder, deren Wechselkurs dem Dollar sehr nahesteht, also England, die skandinavischen Länder und Spanien. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat den Finanziers noch keine endgültigen Pläne vorgelegt, aber in gut informierten Kreisen glaubt man, daß die Washingtoner Regierung nunmehr erstmalig Schritte unternimmt.

Bemerkenswerte Äußerungen des Obersten House.

Oberst House erklärte in einer Unterredung mit einem Berichterstatter der Times, die europäische Lage sei äußerst kritisch. Er begrüße den Deutschland gewährten Zahlungsausschub als einen Schritt in guter Richtung. Er hoffe, daß vor Beendigung des Zeitraumes etwas getan werde, um die gesamte Lage auf eine endgültige, dauernde Grundlage zu stellen. Die Frage müsse jedoch in ihrer Gesamtheit, nicht stückweise geregelt werden. Eine kleine Anleihe an Deutschland würde die tatsächliche Krise nur aufschieben. Wenn die Frage in Angriff genommen werde, so müsse dies von Grund aus geschehen. Die Reparationssumme müsse festgesetzt, die Zahlungsbedingungen endgültig geregelt werden. Man müsse wissen, wieviel Deutschland zahlen könne, wann es zahlen könne und welche Garantien es für diese Zahlungen bieten könne. Desgleichen müsse Vorfrage für die Wiederherstellung der deutschen Finanzen und für die Stabilisierung der deutschen Mark getroffen werden. Bevor dies getan werden könne, müsse Frankreich eine Art von Garantie gegen einen ungerechten deutschen Angriff erhalten, die auch die Deutschen selbst, wenigstens die weitblickenden unter ihnen, gern sehen würden, weil sie wüßten, daß es sowohl für Deutschland als auch für Frankreich besser sein werde. Dies würde die Wiederherstellung möglich machen und auch weniger Argwohn in Frankreich verursachen. Die einzige Weise, in der dies getan werden könne, sei die Verwendung des Völkerbundes. Unter der Bestimmung des Völkerbundsvertrages sei es für alle Mitglieder des Völkerbundes vollkommen möglich, Frankreich die Garantien zu geben, die es für notwendig erachte. Wenn dies geschehe und Deutschland später in den Völkerbund aufgenommen werde gegen das Versprechen, Frieden zu halten, so würde die gesamte europäische Lage eine Besserung erfahren.

House warnte vor einem unangebrachten Optimismus, soweit die amerikanische Mitwirkung in Frage komme. Die Garantien gegenüber Frankreich gegen einen ungerechten, direkten deutschen Angriff müßten ohne Berücksichtigung Amerikas gewährt werden, wenigstens für den Augenblick, und Europa müsse verstehen, daß die Vereinigten Staaten nicht Mitglied des Bundes seien, und daß keine Wahrscheinlichkeit bestehe, daß sie es für den Augenblick werden. House sagte, er sei sicher, daß Amerika eines Tages seinen Anteil im Verbands der Nationen übernehmen werde. Es beständen jedoch im Augenblick politische Hindernisse, welche die amerikanische Regierung für genügend zu erachten scheine, um sie daran zu verhindern, diesen Schritt zu tun. Wenn Amerika eintrete, könne es sein, daß es nicht

als alliierte, sondern als assoziierte Macht eintrete in derselben Weise, wie es in den Krieg eingetreten sei.

Die Lebensmittelversorgung.

Wir erleben dieser Tage, daß für die Preisbildung auf dem Lebensmittelmarkt infolge unserer Abhängigkeit von der Auslandszufuhr die einheimischen Ernteaussichten längst nicht die Rolle spielen, wie der Stand des Dollars und die Bewertung der Mark. Wir sind heute so weit, daß wir uns einen Lebensmittelimport größeren Umfanges im Augenblick nicht mehr leisten können. Von einer Ernährungskrisis kann aber darum doch nicht die Rede sein. Die Reichsgetreidestelle ist nach eigenen Angaben bis zum 31. Oktober mit den für die Belieferung der Brotarten nötigen Vorräten eingedeckt und tätigt bereits wieder neue Vorratskäufe. Es zeigt sich auch, daß von der ungewöhnlich guten Roggenernte des Vorjahres noch Vorräte vorhanden sind, sodas der späte Beginn der neuen Roggenernte ertragen werden kann. Es wird sich aber nicht umgehen lassen, unsere Brotversorgung wieder mehr auf den Roggen abzustellen, um dadurch einen Teil der teuren Weizeneinfuhr zu ersparen. Das wäre eine Notmaßnahme, aber eine Notmaßnahme, zu der sich sogar das reiche Dänemark im Kriege entschließen mußte. In gewisser Beziehung wird auch die Kartoffelernte Erfolg schaffen müssen. Ganz ohne ausländische Zufuhr wird es natürlich nicht gehen. Ein Teil der notwendigen Einkäufe an Brotgetreide und Fleisch ist aber schon mit Hilfe eines holländisch-argentinischen Konsortiums gesichert, zum Teil sind sie bereits getätigt. Im Getreidebezugsverein aus Polen zu ermäßigten, sind eben Wirtschaftsverhandlungen in Warschau im Gange. Bedenklich bleibt jedoch der Ausfall an Fleisch und tierischen Produkten, vor allem der Rückgang der Milchzeugung.

Vorausagen über die künftige Preisgestaltung auf dem Lebensmittelmarkt sind bei der gegenwärtigen Währungsatastrophe müßig. Allerdings darf man nicht vergessen, daß bei einigermaßen befriedigender Gesamternte das jetzt einsehende erhöhte Angebot auf dem inländischen Markt, das durch die Geldbedürftigkeit der Landwirtschaft für die nächsten Monate wohl noch gesteigert werden dürfte, einen gewissen Druck ausüben wird; wenn nur nicht wieder eine Samstagspsychose sich des großen Publikums bemächtigt, für die leider schon Anzeichen vorliegen, und die dann der Spekulation Tor und Tür öffnet. Der Landwirtschaft selbst würden solcherart künstlich überhöhte Preise letzten Endes nicht einmal zugute kommen. Darum ist es zu begrüßen, daß die maßgebenden Stellen ernst machen wollen mit der Einschränkung des freilich höchst vorsichtig zu beurteilenden Luxuskonsums. Das ist eine Forderung, die das ganze Volk in dieser Notzeit einheitlich stellt, der jeder verantwortungsbewußte Volkswirt zustimmen muß. Hoffentlich bleibt dieses Vorgehen gegen den Luxus nicht nur beschränkt auf Stilllegung einiger Fabrikfabriken und Einschränkung der Zuckergewinnungen an diese. Es muß grundsätzlich und endgültig jede überflüssige Luxus- und Schund-einfuhr unterbunden werden. Es bleibt dann noch die gerade jetzt zum Herbst brennendste Aufgabe der Verkehrsregelung, der Zufuhr der Lebensmittel zu den Verbrauchsgebieten zu lösen. Wir wissen, daß daran die Lebensmittelversorgung im letzten Herbst und Winter frantke und darunter auch die diesjährige Ernte gelitten hat. Es ist zu hoffen, daß nach den im Reichsverkehrsministerium und Reichsernährungsministerium geführten Verhandlungen mit allen beteiligten Kreisen die Verkehrsnot diesmal die Nahrungsmittelzufuhr nicht zu sehr erschweren wird. Alles in allem, eine Ernährungskrisis oder gar Hungernot, wie viele Schwarzseher prophezeihen, sind allem menschlichen Ermessen nach nicht zu befürchten.

Die griechische Niederlage

Stellt sich immer mehr als ein vollständiger Zusammenbruch der kriegerischen Unternehmungen der Griechen in Kleinasien heraus. Nachdem nun auch die türkischen Truppen Brussa genommen und damit am Marmarameer angekommen sind, ist es mit einer einfachen Rückzugsbewegung der Griechen nicht mehr genug; die Räumung ganz Kleinasiens wird zur militärischen Notwendigkeit. Schon hat sich denn auch die griechische Regierung in Beantwortung von Anfragen des englischen Kabinetts angeklagt bereit erklärt, seine Truppen ganz aus Kleinasien zurückzuziehen. Welche Rückwirkungen ein solcher folgenschwerer Entschluß auf die innere Politik Griechenlands haben wird, steht im Augenblick noch dahin. Viel wichtiger ist auch momentan die Tatsache, daß England in seiner Orientpolitik durch diesen unerwarteten Ausgang des türkisch-griechischen Krieges eine scharfe Schlappe erlitten hat, während Frankreich triumphiert. Einsteilen freilich demähen sich beide Großmächte, nach außen hin im Einvernehmen zu bekunden, den Krieg so schnell als möglich zu liquidieren und einen Waffenstillstand mit Verschleunigung zu erzwingen. Die wiederholt angelegte Konferenz von Wien soll nun baldigt einberufen werden und die Einigung in den verschiedenen Interessentonsulten zwischen England, Frankreich und Italien herbeiführen. Die Arbeit wird aber